Politische Unvernunft gegen Menschenrechte

Autor(en): **Kobe, Willi**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **71 (1977)**

Heft 4

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-142648

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

strielle Reaktoren 1985 usw.) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Oeffentlichkeit, angesichts der Inaktivität von ERDA und NRC sehr beunruhigt ist. Der Staat Kalifornien, der sich noch letzten Juni, in einer Abstimmung, gegen eine Stillegung der Kernkraftwerke auf seinem Gebiet aussprach, hat seither ein Gesetz angenommen, welches künftige Reaktorbauten verbietet, sofern nicht in den nächsten Jahren ein Modus permanenter, sicherer Beseitigung des Atommülls erreicht wird. Die Abwehraktion Kaliforniens dürfte Schule machen.

Harvey Brooks von der Universität Harvard, der den Ausschuß der Nationalen Akademie der Wissenschaften präsidiert, ein Gremium, das gegenwärtig die Vor- und Nachteile der Atomkraft abzuwägen hat, gab folgende Erklärung ab: «Kein anderer Aspekt der Atomkraft hat so andauernde öffentliche Beunruhigung erzeugt, wie die Behandlung der Atomrückstände. ... Ich möchte soviel voraussagen: Sollte Atomenergie sich schließlich als für die menschliche Gesellschaft untragbar erweisen, so wäre es hauptsächlich wegen der Art wie die Oeffentlichkeit das Atommüllproblem beurteilt.»

Ob wohl unsere Behörden von dieser Erklärung Kenntnis nehmen?

Red.

Politische Unvernunft gegen Menschenrechte

Letzthin fand ich in einem Brief aus der Deutschen Bundesrepublik folgenden Abschnitt: «Auf deutscher Seite wird dieser Weg der Vernunft und des Verständigungswillens durch nichts mehr erschwert als durch die unerhörten, aber unaufhebbaren Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, das ja in letzter Instanz und juristisch unangreifbar so unsinnige Entscheidungen gefällt hat, wie die: «Das Deutsche Reich besteht noch immer in den Grenzen von 1939, die Grenzen zwischen BRD und DDR sind keine Landesgrenzen, und es gibt weiterhin nur e i n e «deutsche Staatsangehörigkeit». Es würde in ihr Friedenskonzept passen, wenn man so laut und so oft wie möglich diese irren Theorien des höchsten Gerichts als totalen Unsinn proklamieren könnte. ... Aber ebenso verrückt wie das Bundesverfassungsgericht ist die CDU-CSU, und das heißt: das halbe deutsche Volk. Die Regierung kann nicht der Vernunft und ihrer besseren Einsicht folgen, weil sie dann sofort von der Opposition bei dem gleichen Bundesverfassungsgericht wegen Gesetzwidrigkeit angeklagt und verurteilt werden würde. Es ist halt auch in der Demokratie schwer, eine Politik der Versöhnlichkeit und der Entspannung durchzuhalten, wenn die Menschen

so wenig Einsicht haben in das, was gut und richtig und nötig ist.»

Dieser tatsächlich unsinnige Entscheid des Bundesverfassungsgerichts wird nun von der Regierung der DDR ge- oder besser mißbraucht, um die Unterbindung des freien Reisens zwischen den beiden Ländern auch weiter aufrecht zu erhalten, wie eine Pressemeldung aus einem Gespräch mit dem DDR-Regierungschef Honecker beweist. «Durch diesen Entscheid gäbe es Schwierigkeiten mit den Pässen. Und neben Engpässen mit den Valuten, verbieten beide Umstände eine Lockerung der Reisebestimmungen». Als ob ihre Einschränkungen nur auf Paßschwierigkeiten zurückgingen! Steht hinter ihnen doch von jeher die Angst der kommunistischen Machthaber, daß durch den freien Reiseverkehr und seinen Anschauungsunterricht für viele DDR-Bürger die reine kommunistische Heilslehre und die sozialistische Partei noch löcheriger werden könnten, als sie schon seit jeher sind.

Willi Kobe

Wir fordern Befreiung von der atomaren Sorge

Rede von Heinz Brandt
bei der Kundgebung der Atomenergiegegner am 19. Februar in Itzehoe

Nur zusammen mit den Gewerkschaften könnten die Bürger den Sieg über die lebensbedrohende Kernenergie gewinnen, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hans Helmuth Wüstenhagen, am 19. Februar vor rund 30 000 Kernkraftgegnern in Itzehoe. Auf welche Widerstände die Bürgerinitiativen stoßen, wenn sie die Gewerkschaften dazu bekommen wollen, mit ihnen gemeinsam gegen den Bau von Atomkraftwerken zu kämpfen, wurde bei der Kundgebung allerdings auch deutlich gesagt: von Heinz Brandt, bis zum Erreichen des Pensionierungsalters Redaktor bei der Gewerkschaftszeitung der Industriegewerkschaft Metall. Hier ist seine Rede im Wortlaut.

Liebe radikale Atomgegner, neulich im Bundestag bei der Energiedebatte tobte Stoltenberg — der Nacht-und-Nebel-Akteur, der chemische Keulenschwinger: Was hat sich denn geändert in den letzten acht Monaten? Graf Lambsdorff gab bittere Auskunft: das Bewußtsein! Ja, eben. Und Gott sei Dank. Und wir sind es, die an dieser entscheidenden Bewußtseinsänderung mitgewirkt haben. Wir können sagen, wir sind dabeigewesen. Wir haben ein wenig dazu beigetragen. Wir haben endlich begonnen, uns in unsere eigenen Angelegenheiten einzumischen und denen da oben zu zeigen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen.

Sieh an, im deutschen Untertanenstaat meldet sich der Bürger zu